

**schlagloch**

Der Teufel an der Türe

Wie es kommt, dass Söder der moralische Imperativ der Konservativen ist

Gott sei Dank gibt es Markus Söder. Dieser Gedanke war mein persönlicher Dammbreak nach Thüringen. An einem ganz normalen Tag im Jahr 2020 musst du Videos mit Markus Söder retweeten. Söder als einer der vernünftigsten Konservativen in diesem Land. Das sagt viel über Deutschland aus.

Rechts von der CDU/CSU sei kein Platz, sagt Markus Söder. Das ist die Lektion, die er aus dem letzten Wahlkampf gezogen hat. Markus Söder war der Prototyp des Politikers, an dem sich jemand mit linken Einstellungen reiben kann: Ein Ego wie ein Felsmassiv, weil Zweifel nicht zum Selbstbild eines Konservativen gehören, schließlich hat ein Konservativer die Welt überschaubar sortiert. Machtlust gepaart mit Machtfürsorge. Das ist ja der älteste Trick der Konservativen: daherkommen wie Väter, um jene anzusprechen, die Verantwortung gerne an zuverlässige, saumagenessende Übermächte abgeben.

Konservative Politik ist in die Hände jener geraten, die in der Vergangenheit hingengeblieben sind

Nach Thüringen ist Söder plötzlich der wandelnde moralische Imperativ der Konservativen. Einer, der das Konservative in die Zukunft retten möchte – und es vielleicht vermag. Vor einigen Jahren habe ich in einer Konfrontation mit Söder verstanden, was der Unterschied zwischen einem Söder und einem Gauland ist. Einem Demokraten und einem Antidemokraten also.

Das war bei Anne Will. Wir talkten zum Thema Merkel und Willkommenskultur. Söder hielt Monologe, für Konservative ist Mansplaining eher Zulassungsvoraussetzung als Makel. Plötzlich redete er über das Thema doppelte Staatsbürgerschaft und weshalb diese nicht möglich sei – obwohl es rechtlich längst geht. Ich entgegnete damals: „Nein, Herr Söder, was nicht geht, ist zig jungen Deutschen ihre Identität rückabwickeln.“ Da hielt Söder kurz still und widersprach nicht. Er merkte, warum auch immer: Es geht hier um die Zukunft Deutschlands, um friedliches Zusammenleben, um Menschen, die Teil dieses Landes sind und für die er als Politiker mitverantwortlich ist.

Danach dachte ich: Wie wäre das Gespräch gelaufen, wenn da an Söders Stelle Gauland gesessen wäre? Gauland wäre es schlichtweg egal, wie vielen jungen Deutschen mit eingewanderten Eltern er den Boden unter den Füßen wegriß. Er würde meine Sätze als Sprungbrett missbrauchen, weiter zu spalten und diese Jugend zu entheimaten.

In diesem Moment wurde mir erstmals in einer Debatte erlebbar, warum wir von demokratischen Parteien sprechen und von solchen, die es nicht sind. Demokratische Parteien halten sich an demokratischen Konsens. Artikel 1 des Grundgesetzes, zum Beispiel: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Diese Würde reservieren undemokratische Politiker – in noch vorsichtigeren Dosen – nur für einige Menschen. Alle wissen, welche das sind. Und welche nicht. Die Trennlinien

sind völkisch, mehr nicht. Diese Trennlinie zu inszenieren ist eines ihrer Ziele – in jedem Gespräch.

Die deutsche Mitte hat jahrzehntlang extrem rechte Positionen mitgetragen. Sie war es gewohnt, Alt-Nazis in Führungspositionen zu hieven nach dem Krieg, weil man ja Eliten brauchte. Die deutsche Mitte ließ Ende der Neunziger Roland Koch Unterschriften gegen die doppelte Staatsbürgerschaft sammeln. Ich war 21 Jahre alt damals und verstand: Der sammelt gegen Menschen wie mich. Ich schrieb wegen diesem Roland Koch meinen ersten Artikel. Sie waren peinlich, diese Roland Kochs, sie wurden bald schon lächerlich. Die CDU hat sich weiterentwickelt. Hin zur Mitte. Kann sie weiter in die Zukunft? Das ist die Frage, um die es jetzt geht.

Denn zwanzig Jahre nach der Unterschriftenaktion ist Deutschland ein anderes Land, auch, weil die CDU gewachsen ist. Thüringen ist der Teufel an der Türschwelle: Gehst du weiter oder lässt du dich zurück ins Zerstörerische ziehen? Die CDU hat, selbst in Thüringen, durch ihr Taktieren nach rechts 10 Prozent verloren. Sieht sie das ein oder vernekt sie sich in der Vergangenheit – und damit die Idee der Volksparteien?

Vergangenheit ist nicht nur Hitlerdeutschland. Vergangenheit ist auch die Ara Kohl und Männer-CDU. Die AfD treibt die CDU in die Selbstzerstörung. Friedrich Merz und die Wertunion zersetzen mit. Unterdessen fürchten Minderheiten um ihre Sicherheit. Es ist nicht akzeptabel, Deutschland so weit unter seinem Niveau debattieren zu lassen, nur, weil man in Parlamenten plötzlich Antidemokraten sitzen hat, die in Talkshows allen Ernstes von Bolschewismus schwadronieren und Grundrechte als Machtpoker verstehen.

Politikverdrossenheit ist als Begriff aus der Mode geraten. Er wurde abgelöst von etwas Gefährlicherem: Politikverneinung. Immer mehr Bürgerinnen ignorieren Politik einfach. Sie fragen: „Was war denn in Thüringen?“, oder: „Wer ist Robert Habeck?“ Unter den Politikverneinern sind viele Ärzte, Architekten, fachlich Hochgebildete und Mittelständler. In Thüringen waren knapp 40 Prozent der Wahlberechtigten nicht an der Wahlurne. Wenn ich die Berichterstattung zu Thüringen sehe und die Verantwortlichen, die sich vor die Kameras stellen, frage ich mich schon: „Wo sind denn die Heutigen? Wo ist Gegenwart?“ Das mag herablassend klingen, ist aber eine Frage nach Partizipation.

Konservative Politik ist in die Hände jener geraten, die in der Vergangenheit hingengeblieben sind. Sie ist gar zum Auffangbecken für solche geworden, die mit den Entwicklungen der letzten Jahrzehnte nicht mitkommen. Die Jugend wählt die Straße und den Protest, wählt soziale Unternehmen und Plattformen, statt die alten Strukturen herauszufordern und zu erneuern. Zunehmend veraltete Parteien oder Alte im Geiste wie die Junge Union schaffen die politischen Rahmenbedingungen. Thüringen ist einerseits eine Katastrophe der Hufeisen und der Dammbrecher. Thüringen ist aber auch ein Symptom dafür, wie sehr sich die progressiven, verjüngenden Kräfte aus der Politik zurückgezogen haben. Wenn die Konservativen in der Mitte bleiben wollen, führt ihr Weg nicht über rechts, sondern über die Mitte.



Jagoda Marinić ist Autorin und Kolumnistin. Bei S. Fischer erschien soeben ihr Buch: „Sheroes – Neue Held*innen braucht das Land“. Sie twittert zum Zeitgeschehen unter @jagodamarinic.

Die Schlaglochvorschau:
19.2. **Mathias Greffrath** 26.2.
Georg Diez 4.3.
Georg Seeßlen 11.3.
Ilija Trojanow 18.3.
Hilal Sezgin 25.3.

Kevin Culina über bislang vergessene NS-Opfergruppen

Ein Hauch von Aber

Niemand saß zu Recht in einem Konzentrationslager. Was sich wie eine demokratische, antifaschistische Selbstverständlichkeit liest, ist es in den aktuellen bundesdeutschen Verhältnissen leider nicht.

Der Bundestag wird am Donnerstag beschließen, jene als Opfer des Nationalsozialismus anzuerkennen, die von den Nazis als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ in den Konzentrationslagern gequält und vernichtet wurden. Das ist 75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz überfällig und notwendig. Nun gilt es, bis heute wirkmächtigen abwertenden Narrativen entgegenzuwirken. Die Große Koalition hat sich hierbei eine Initiative der Opposition zu eigen gemacht, um nicht der Opposition zustimmen zu müssen.

Trotz aller Versuche kam es nicht zu einem gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen. Das Scheitern liegt auch im Unvereinbarkeitsbeschluss der Unionsfraktion begründet, welcher eine Zusammenarbeit mit der Linken und der AfD gleichermaßen ausschließt. Zudem begleitete den vorgestellten Satz, dass niemand zu

Recht in einem Konzentrationslager saß, ein Hauch von Aber. So ist aus Parlamentskreisen zu hören, dass es Bedenken bei manchen Unionsabgeordneten hinsichtlich der tatsächlichen kriminellen Vergangenheit bei den „Berufsverbrechern“ und einer Anerkennung ohne Wenn und Aber gegeben habe. Dass diese offenbar ausgeräumt wurden, ist bitter nötig.

Mit der AfD sitzt allerdings der fraktionsgewordene Geschichtsrevisionismus im Bundestag. In der ersten Bundestagsdebatte war schon zu hören, wie AfD-Abgeordnete eine Teilschuld für die Inhaftierung im Konzentrationslager bei den Inhaftierten und ihrem Verhalten suchen wollen. Das ist unerträglich und menschenverachtend.

Dass sich die demokratischen Fraktionen des Bundestags also nicht geschlossen für eine Anerkennung der fast vergessenen Opfer des Nationalsozialismus, gegen Geschichtsrevisionismus und alle Abers aussprechen, ist mehr als bedauerlich. Gerade hier wäre demokratische Einigkeit statt parteipolitischen Gegeneinander gefragt.

inland 6

Heike Holdinghausen über das erneuerte Abfallgesetz

Ein bisschen Recycling

Ist der Umweltministerin eigentlich klar, was sie da gerade verspielt? Trotz schön gerechneter Recyclingzahlen, Plastikmüll aus der Gelben Tonne, der illegal in Indonesien herumfliegt, und fehlender Regelungen für neue Abfallströme wie Lithium-Ionen-Batterien: Noch immer gilt die Abfallgesetzgebung in Deutschland im internationalen Vergleich als vorbildlich. Sie profitiert von der mutigen Umweltpolitik vergangener Jahrzehnte, wie dem Deponieverbot.

Trotz der großen Öffentlichkeit für Umweltthemen – solch eine strenge, umwälzende Vorgabe würde sich die derzeitige Umweltministerin nie trauen. Das beweist sie einmal mehr mit ihrer halbherzigen Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes.

Darin gibt es ein paar gute Vorschläge, die jedoch gleich wieder eingefangen werden. So will die Bundesregierung es der öffentlichen Hand zwar erleichtern, Recyclingmaterialien einzukaufen. Deren Hersteller klagen seit Jahren, dass sie ihre Produkte nicht losbekommen, weil sie zu teuer sind und Normen fehlen. Das neue Gesetz

macht es ihnen etwas leichter, mehr nicht. Dabei böte die öffentliche Beschaffung einen riesigen Hebel, um Märkte für nachhaltig erzeugte Produkte zu schaffen. Zwar gibt es bislang keine offizielle Statistik über den Umfang, in dem Kommunen, Länder und der Bund einkaufen – Zahlen dazu werden jetzt erstmals systematisch erhoben. Schätzungsweise geht es um Summen zwischen 300 und 500 Milliarden Euro jährlich. Hätte die Ministerin, statt ihre Zeit an runden Tischen zum Plastikmüll zu verträdeln, sich voll der nachhaltigen Beschaffung gewidmet und in ihrer Gesetzesnovelle wirkmächtige Passagen durchgesetzt, hätte sie wirklich etwas erreichen können.

Nun hat es das Wirtschaftsministerium wieder einmal geschafft, die Vorschläge des Umweltressorts aufzuweichen. Es missachtet dabei die Bedürfnisse von Unternehmen, die Angebote für eine nachhaltige Wirtschaft machen – wie die Recyclingbranche oder Reparaturbetriebe. Dabei weisen gerade deren Geschäftsmodelle in die Zukunft.

wirtschaft + umwelt 9

Svenja Bergt über das Verfahren Google vs. EU-Kommission

Kaum mehr ein Vorbeikommen

Es summiert sich: 2,42 Milliarden Euro hier, 1,49 Milliarden Euro da und zwischendurch auch noch mal 4,3 Milliarden. Das sind die Strafzahlungen, die die EU-Kommission in den vergangenen Jahren gegen Google verhängt hat. Auch wenn es mal um das Smartphone-Betriebssystem Android ging, mal um den Preisvergleichsdienst Google Shopping und mal um Onlinewerbung – der Vorwurf ist immer ähnlich: Ausnutzen einer marktbeherrschenden Stellung.

Wenn in dieser Woche nun das EU-Gericht über die Klage Googles gegen die aktuellste dieser Geldbußen – in Sachen Google Shopping – verhandelt, muss man sich klar machen: Es ist die Summe dieser Fälle, die einen Unterschied macht. Denn allen regulatorischen Maßnahmen zum Trotz, ist an den Diensten des Alphabet-Mutterkonzerns kaum mehr ein Vorbeikommen. Dafür ist Google längst zu groß und zu mächtig geworden.

Klar, viel lässt sich ersetzen, und wer sich mal aufrafft, um nur eine andere Suchmaschine zu nutzen, der tut schon einiges für die eigene Privat-

sphäre. Aber hundert Prozent googlefrei – Smartphon ohne Android, Browser auf Googles Werbenetzwerk vorbei, und was lässt sich tun, wenn der Arbeitgeber auf Google Docs setzt? –, das braucht schon ein gutes Maß an Information und IT-Kenntnissen.

Dass es überhaupt so weit kommen konnte, zeigt: Was hier wettbewerbsrechtlich versucht wird, ist gut, reicht aber nicht. Die lange Verfahrensdauer vom Beginn der Untersuchung über die Verhängung der Strafe bis hin zu einem letztinstanzlichen Urteil trägt nicht dazu bei, dass sich der Markt schnell verändert. Zudem sind manche Behörden, etwa im Datenschutzbereich, zu vorsichtig. Als würden die Vorstände von Konzernen wie Google, Amazon oder Starbucks eines morgens aufwachen und sagen: Oh, ab heute zahlen wir mal ordentlich Steuern, schützen Nutzerdaten und behandeln die Logistikmitarbeiter:innen besser. 46,08 Milliarden US-Dollar – das ist es, was Alphabet allein im vierten Quartal 2019 an Umsatz ausgewiesen hat. Da könnte noch was gehen.

wirtschaft + umwelt 8